

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bilder vom Wochenende wirken immer noch nach.

Menschen – soweit das Auge reicht.

Volle Innenstädte, wie sonst nur während der Fußball-WM,
in den großen Städten, und in vielen kleinen Orten im ganzen Land.

**Mehr als eine Million Menschen sind in der letzten Woche in
Deutschland auf die Straße gegangen.**

Über 100.000 davon allein in Baden-Württemberg.

Für die nächsten Tage sind weitere Demonstrationen angekündigt.

Meine Damen und Herren,

was für ein Zeichen.

**Deutschland,
unser Baden-Württemberg, hält zusammen gegen
Rechtsextremismus.**

Das ist ein starkes Signal!

Das macht mir Mut!

Und das macht vielen Menschen in unserem Land Mut.

Die Demonstrationen der Bürgerinnen und Bürger sind ein starkes
Symbol.

Familien sind auf die Straße gegangen. Jugendliche. Großeltern mit ihren Enkeln.

Menschen, die schon seit Jahrzehnten nicht mehr auf einer Demo waren – und ganz viele, für die das die erste Demonstration war.

Verschiedene Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Menschen aus der Wirtschaft und aus den Gewerkschaften.

Viele von uns waren dabei – aus allen demokratischen Parteien.

Aber das starke Signal war eben, dass es keine Demonstrationen von Parteien waren

– sondern dass die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite aufgestanden ist und gesagt hat: **Kein Fußbreit weiter!**

Gruppen, die in der Regel eher selten zusammen demonstrieren, haben sich nebeneinander gestellt.

Was diese Menschen am Wochenende auf den Straßen zusammen gebracht hat ist **ein gemeinsamer Wunsch**:

- **Der Wunsch den eigenen Nachbarn, die Arbeitskollegin, den Mitspieler im Sportverein zu verteidigen gegen diese Unmenschlichkeit von ganz rechts.**

- **Der Wunsch unsere Demokratie zu schützen.**

- **Der Wunsch unsere Demokratie gegen Rechtsextremismus zu verteidigen.**

- **Der Wunsch, dass wir uns gemeinsam gegen alle stellen, die unser weltoffenes und liberales Land zerstören wollen!**

- **Der Wunsch, dass sich die Gesellschaft – dass die Politik – sich nicht immer weiter nach rechts verschieben lässt.**

Das, meine Damen und Herren, ist der Auftrag an uns, an die Politik.

Wir sind gefragt.

Die Correctiv-Recherche hat viele schockiert,
und ja: Hat viele Menschen aufgeweckt.

Die Recherche belegt leider, was wir schon lange ahnten.

Rechtsradikale, Neo-Nazis, Mitglieder der AfD und der Werteunion
haben sich getroffen und ganz offen darüber geredet, was sie vorhaben.

Und wenn uns die Geschichte eins gezeigt hat, dann ist es:

**Wenn Rechtsradikale ankündigen, rechtsradikale Dinge zu tun,
dann sollte man das wirklich ernst nehmen!**

Bei diesem Treffen in einer Villa am Lehnitzsee wurde überlegt, wie Millionen Menschen

„re-migriert“ werden.

„Remigration“ – was für ein Wort.

Da wird absichtlich ein erstmal harmlos klingendes Fremdwort benutzt, um zu verschleiern, was man wirklich meint:

Massendeportationen und Vertreibungen!

Es heißt nichts anderes als Millionen Menschen ihrer Rechte zu berauben.

Der Begriff einfach nur beschönigend!

Die AfD träumt davon, Menschen den deutschen Pass, Ihre Heimat wegzunehmen.

Und zwar allen, die mit ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrer Denkweise nicht in das Raster der AfD passen!

Ein Teil der AfD versucht das jetzt schön- und kleinzureden.

Ein anderer Teil - die Junge Alternative Baden-Württemberg! - spricht ganz offen davon, dass diese unmenschlichen Pläne „ein Versprechen“ seien.

Das heißt, die wollen das wirklich umsetzen!

Wohin derartige Pläne führen, haben wir schon mal ab 1933 erlebt.

Deswegen: Nie wieder ist jetzt!

Ich will es hier in diesem hohen Hause ganz klar sagen:

Die Demonstrationen richten sich insbesondere gegen eine Partei.

Eine Partei, die unsere Demokratie bedroht.

Es wird deutlich, dass die AfD nicht auf dem Boden unserer Verfassung steht.

**Sie ist eine Gefahr für unsere Demokratie
und für unsere Zukunft!**

Viele wollten das lange nicht wahrhaben.

Zu lange waren sie erfolgreich damit, sich aufzublasen und so zu tun, als wolle die Mitte der Gesellschaft den Rechtsruck!

Das Wochenende hat mir aber nochmal klar gezeigt:

Das ist eben nicht so!

Mehr als eine Million Menschen sind auf die Straßen gegangen, um deutlich zu machen: **Bis hierher, und nicht weiter!**

Die große Mehrheit steht für Demokratie.

Die große Mehrheit – **die Mitte!** – wünscht sich ein weltoffenes und liberales Land.

Und das ist der Auftrag an uns!

Und bei allen Unterschieden zwischen den demokratischen Parteien ist es das doch unsere gemeinsame Grundlage.

Meine Damen und Herren,

die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben unsere Verfassung als wehrhafte Demokratie gestaltet.

Deshalb: Wir haben die historische Pflicht, alle Instrumente zu nutzen, um unsere Verfassung zu schützen.

- Zum Beispiel mit dem **Vereinsverbot**, wenn Vereine am Umsturz arbeiten.

Ich halte es für richtig, dieses Instrument einzusetzen. Die „Junge Alternative“ ist ein durch und durch rechtsextremer Verein.

Und einen durch und durch rechtsextremen Verein muss man verbieten. Punkt!

- Und ich finde eine sorgfältige Prüfung eines Parteiverbots der AfD richtig.

Dazu gehört auch die Frage nach dem Entzug der Parteienfinanzierung.

Wir sehen ja alle, wie die AfD gegen die Verfassung arbeitet.

Ein Verbot muss deshalb ernsthaft geprüft werden!

Meine Damen und Herren,

nur über Verbote zu sprechen, das wäre zu kurz gedacht.

Ich habe davon gesprochen, dass diese Demonstrationen mit einem Auftrag an uns verbunden sind:

Wir sind aufgefordert, jeden Tag für unsere Demokratie zu kämpfen, uns für sie einzusetzen.

Das ist die beste Staatsform, die wir kennen.

- Was ohne sie geschieht kann man bei den Gedenkstätten im Land sehen. Sie machen wichtige Arbeit und verdienen unsere Unterstützung.
- Das Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) an der Universität Tübingen steht in den Startlöchern. Das IRex wird einen wertvollen Beitrag zur Forschung über Rechtsextremismus leisten.
- Demokratie muss erlernt werden. Man muss sie erfahren und erleben können. Ich setze mich dafür ein dass wir die **politische Bildung stärken**, und die **Demokratiebildung an und außerhalb der Schulen ausbauen**.

Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

So tragen wir den Funken der Demokratie weiter!

Meine Damen und Herren,

Demokratie bedeutet auch: Nicht wer laut ist, setzt sich durch.

Sondern jeder und jede hat eine Stimme und jede Stimme zählt gleich viel.

Und ganz viele dieser Stimmen haben wir in den vergangenen Tagen auf den Straßen und Plätzen des Landes gehört.

Zeigen wir gemeinsam, dass wir die Stimme der Demonstrierenden gehört haben.

Nie wieder ist jetzt!